



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Anke Rodewald
Telefon:	02104/99-2157
Fax:	02104/99-5103
E-Mail:	anke.rodewald@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 05.06.2009

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 28.05.2009, 15:05 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Bärbel Auer

Erika Cebulla

Bernd Falkenau

Ursula Greve-Tegeler

Rainer Hübinger

(bis 17.00 Uhr)

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Peter Kirchrath

(ab 15.07 Uhr)

Dr. Uwe Koppe

Reinhard Ockel

(ab 15.07 Uhr, bis 17.26 Uhr)

Meinolf Oexmann

Renate Petschull

Klaus Rohde

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Manfred Schulte

Anne Sprenger

Margret Stolz

Sebastian Wladarz

Verwaltung

Frank Albers

Michael Beitelmann

Bianca Bortlik
Sabine Bretschneider
Ulrike Gansauer
Claudia Haider
Birgit Jommersbach
Rainer Krause
Lothar Moes
Klaus Przybilla
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Frank Schäfer
Romy Seyfahrt
Andre Stasun
Anja Straeten
Manfred Vollmer
Tatjana Wiens
Jürgen Wördemann

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.02.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/013/2009
5. Sachstand Neuorganisation der ARGE n 50/011/2009
6. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2007 - 2008 50/014/2009
7. Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann 50/017/2009
8. Alternative Wohnformen für Senioren - Fördermöglichkeiten des Wohnraumförderungsprogrammes NRW 2009 50/012/2009
9. Tätigkeitsbericht des Sozialamtes 2008 50/016/2009
10. Aktueller Stand und Weiterentwicklung des Demenz-Netzes 50/010/2009

Kreis Mettmann

11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

- 12. Informationen der Verwaltung
- 13. Informationen aus der ARGE ME-aktiv
- 14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.02.2009

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.02.2009 wird vom Ausschuss genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

-

§ 264 SGB V – Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung

Herr Kreisdirektor Richter informiert den Ausschuss über die Vereinbarung zur Abwicklung der Ansprüche nach § 264 SGB V zwischen den örtlichen Sozialhilfeträgern und den Landschaftsverbänden. Der Sachstandsbericht sowie weitere Informationen zu diesem Thema entnehmen Sie bitte der **Anlage 1**.

Veranstaltung „Armut – Schicksal oder veränderbar?“

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von der Veranstaltung der Wohlfahrtsverbände am 24.04.2009. Für weitere Informationen zu diesem wichtigen Thema verweist er auf die Internetseite www.schicksal-armut.de.

IntegrationsKompass

Zum 01.05.2009 wurde der IntegrationsKompass für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Kreis Mettmann eingeführt. Herr Kreisdirektor Richter berichtet von einer überaus positiven Resonanz. Weitere Informationen zu diesem Thema sind als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt.

Zu Punkt 4: Informationen aus der ARGE ME-aktiv

- Vorlage Nr. 50/013/2009

Herr Przybilla verweist auf die als Anlage zur Vorlage beigefügte Powerpointpräsentation und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

**Zu Punkt 5: Sachstand Neuorganisation der ARGEn
- Vorlage Nr. 50/011/2009**

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die aktuelle Situation. Nachdem das durch die Kommission vorgelegte Konzept über die Einrichtung von „Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG)“ durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, ist die weitere Entwicklung offen. Der Kreis Mettmann befürwortet weiterhin eine Erweiterung der Option.

Herr Schnitzler weist auf die prekäre Situation der Beschäftigten in den ARGEn hin und gibt zu Bedenken, dass eine steigende Zahl von Rückkehrgesuchen von kommunalen Beschäftigten die kreisangehörigen Städte und den Kreis auch vor eine schwierige Aufgabe stellt.

Herr Kreisdirektor merkt an, dass die Situation der Kunden gerade in der derzeitigen Wirtschaftslage ebenfalls unbefriedigend ist.

Er sagt zu, über aktuelle Entwicklungen im Sozialausschuss weiter zu berichten.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**Zu Punkt 6: Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2007 - 2008
- Vorlage Nr. 50/014/2009**

Herr Albers stellt anhand einer Powerpointpräsentation (**Anlage 3**) den Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2007 – 2008 dar und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Er weist darauf hin, dass mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MdK) eine enge Zusammenarbeit besteht und häufig gemeinsame Prüfungen stattfinden.

Frau Cebulla sieht die bei den Begehungen festgestellten Mängel in einem engen Zusammenhang mit dem wachsenden Fachkräftemangel.

Seitens des Gremiums herrscht Einigkeit darüber, dass sich die Situation vor Ort aufgrund der Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in der Heimaufsicht verbessert hat.

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 7: Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann
- Vorlage Nr. 50/017/2009**

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von den aktuellen Verhandlungen mit der AOK Rheinland/Hamburg. Die AOK Rheinland/Hamburg ist bereit einen Pflegestützpunkt gemeinsam mit dem Kreis einzurichten. Andere Krankenkassen halten sich bisher bei der Beteiligung an Pflegestützpunkten zurück. Entsprechend des Beschlusses des Sozialausschusses vom 17.11.2008 war es Intention des Kreises, die örtlichen Strukturen der Pflege- und Wohnberatung, die bei den ka Städten angesiedelt ist, in die Pflegestützpunktarbeit einzubinden.

Ziel ist es, mit der erörterten Dependence-Lösung eine ortsnahe Verzahnung der Krankenkassen und Kommunen in allen zehn kreisangehörigen Städten unter Einbindung der Träger der freien Wohlfahrtsverbände zu erreichen.

Der Entwurf eines gemeinsamen Vorschlages für ein Konzept zur Umsetzung der Pflegestützpunktarbeit im Kreis Mettmann ist als **Anlage 4** beigefügt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 8: Alternative Wohnformen für Senioren - Fördermöglichkeiten des Wohnraumförderungsprogrammes NRW 2009 - Vorlage Nr. 50/012/2009
--

Herr Wördemann stellt anhand eines Powerpointvortrages (**Anlage 5**) Fördermöglichkeiten des Wohnraumförderungsprogrammes NRW 2009 vor.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat leider gezeigt, dass trotz dieser attraktiven Konditionen in diesem Programm eine Förderung in Form von Darlehen in vielen Fällen ein Investitionshemmnis darstellt und die aufgrund der demografischen Entwicklung notwendige Umgestaltung des Wohnungsbestandes nicht in dem vom Gesetzgeber gewünschten Maße erfolgt.

Der Kreis Mettmann hat sich daher beim Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW dafür eingesetzt, die Gestaltung der Förderbestimmungen in dieser Hinsicht noch einmal zu überdenken und eine (ggf. teilweise) Förderung dieser baulichen Maßnahmen in Form von Zuschüssen vorzusehen.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine Mischform, wobei 1/3 als Zuschuss gewährt wird, 1/3 als Darlehen und 1/3 als Eigenkapital investiert würde.

Herr Wördemann betont, dass die Förderungsmöglichkeit nicht altersabhängig ist.

Herr Kirchrath weist darauf hin, dass oft Landesbauordnungsrechtliche Vorschriften den geplanten Maßnahmen entgegen stehen. Seiner Auffassung nach müssten diese Vorschriften ebenfalls geändert werden.

Der Kreisdirektor sagt zu, sich an die Bauordnungsämter der Städte zu wenden.

Herr Kaiser befürchtet, dass durch die Einkommensobergrenze eine Wohngemeinschaft nur für Personen mit geringem Einkommen angeboten werden kann, da die Erstbelegung nur durch Personen mit Wohnberechtigungsschein erfolgen darf. Um eine Mischung unterschiedlicher Einkommensschichten zu erreichen, erachtet er eine Öffnungsklausel für wichtig.

Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, dies zu prüfen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 9: Tätigkeitsbericht des Sozialamtes 2008 - Vorlage Nr. 50/016/2009

Dieser Tagesordnungspunkt ist im Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.11.2008 „Aktualisierung des Sozialberichts von 1993“ zu sehen, welcher in der Sitzung des Sozialausschusses am 17.11.2008 aufgrund der Information der Verwaltung, einen Tätigkeitsbericht des Sozialamtes zu erstellen, zurückgestellt wurde.

Nachdem nunmehr der Tätigkeitsbericht des Sozialamtes in der Sitzung vom 16.02.2009 vorgestellt wurde und weitergehende Fragen zu gewünschten Daten und Statistiken seitens des

Sozialamtes innerhalb einer Sitzung des Arbeitskreises der SPD-Kreistagsfraktion erörtert wurden, zieht die SPD-Kreistagsfraktion den ursprünglichen Antrag auf Aktualisierung des Sozialberichts von 1993 zurück.

Die Verwaltung sagt die Prüfung und Aufnahme weitergehender Daten unter dem Stichwort „Soziales“ im jährlichen Kreisentwicklungsbericht zu.

Herr Schnitzler regt an, diesen Kreisentwicklungsbericht jährlich mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu versehen, die turnusmäßig wechseln. Dies würde den Bericht interessanter gestalten als einen jährlich gleichen Bericht mit jeweils aktualisierten Daten.

Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, dies im Hause zu erörtern.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10: Aktueller Stand und Weiterentwicklung des Demenz-Netzes Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/010/2009

Die Projektleiterin des Demenznetzes Kreis Mettmann, Frau Heinrich, sowie Herr Wilde erläutern anhand einer Powerpointpräsentation die beiden Modelprojekte. Der Powerpointvortrag ist als **Anlage 6** der Niederschrift beigefügt.

Herr Kaiser wendet ein, dass seines Erachtens medizinische Standards fehlen. Bei niedergelassenen Ärzten findet häufig keine optimale Behandlung von Patienten statt, die an Demenz erkrankt sind. Durch frühzeitige Erkennung und rechtzeitige Behandlung kann der Verlauf der Erkrankung um ca. 2 Jahre verzögert werden.

Frau Heinrich berichtet, dass die Vernetzung ebenfalls die Einbeziehung von Krankenhäusern, Ärzte und Arzthelferinnen umfassen soll und sich diesbezüglich bereits im Aufbau befindet.

Herr Rohde weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Landschaftsverband Rheinland eine Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für gerontopsychiatrische Zentren sowie die KoKoBe (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung) beschlossen hat.

Frau Sprenger äußert für das Sozialpsychiatrische Zentrum Langenfeld Interesse, in das Demenz-Netz mit eingebunden zu werden.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 11: Nachträge

Es liegen keine Nachträge vor.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:36 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Anke Rodewald